

Deutsche Wirtschaft trotz global unsicherem Umfeld auf Wachstumskurs

Von Ferdinand Fichtner, Marcel Fratzscher, Guido Baldi, Karl Brenke, Marius Clemens, Christian Dreger, Hella Engerer, Stefan Gebauer, Michael Hachula, Simon Junker, Robert Lange, Claus Michelsen, Malte Rieth, Thore Schlaak und Kristina van Deuverden

Trotz zahlreicher Risiken präsentiert sich die deutsche Wirtschaft nach wie vor robust und dürfte in diesem Jahr um 1,4 Prozent wachsen; im kommenden Jahr werden es wohl 1,7 Prozent sein. Damit läge der Anstieg der Wirtschaftsleistung in diesem Jahr höher als das DIW Berlin noch im Winter erwartet hatte. Hauptgrund für die Anpassung der Prognose nach oben ist, dass die Bundesagentur für Arbeit die Erwerbstätigenzahlen massiv korrigiert hat. Demnach hat sich der Beschäftigungsaufbau nicht seit Jahresmitte 2016 abgeflacht, sondern bis zuletzt fortgesetzt – und so dürfte es auch weitergehen: In diesem Jahr werden wohl 600 000 Erwerbstätige hinzukommen und die Dynamik wird im kommenden Jahr nur leicht an Tempo einbüßen, wenn 440 000 weitere Personen eine Beschäftigung aufnehmen. Die Zahl der Arbeitslosen wird um 170 000 in diesem und 150 000 im nächsten Jahr sinken – und das, obwohl mehr und mehr Geflüchtete eine Arbeitserlaubnis erhalten.

Treiber für das Bruttoinlandsprodukt bleibt der private Konsum. Allerdings hätte man angesichts der Beschäftigungszuwächse stärkere Impulse erwarten können. Das zumindest im ersten Halbjahr dieses Jahres gebremste Tempo geht darauf zurück, dass Einkommen und Löhne in realer Rechnung, also unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, deutlich weniger stark zunehmen als in der jüngeren Vergangenheit. Denn die Inflation wird in diesem Jahr wohl deutlich steigen und dürfte im Jahresdurchschnitt bei 1,8 Prozent liegen. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr stiegen die Verbraucherpreise um 0,5 Prozent. Der Unterschied geht in erster Linie auf deutliche Anstiege der Rohölpreise in den Schlussmonaten des vergangenen Jahres als Folge beschlossener Förderkürzungen der erdölexportierenden Länder zurück und nicht auf eine

stark anziehende Konjunktur oder gar Überhitzung der deutschen Wirtschaft.

Viele der bereits abgeschlossenen Tarifverhandlungen sehen für dieses Jahr jedoch vergleichsweise geringe nominale Lohnerhöhungen vor, die von der höheren Inflation zu großen Teilen aufgezehrt werden dürften. Die Konsumnachfrage – und damit auch die ohnehin eher schwachen Importe – dürfte daher in diesem Jahr zunächst etwas an Schwung verlieren. Dabei gibt es neben der gestiegenen Inflation noch weitere überzeugende Argumente für höhere Tariflohnsteigerungen: Die gute Konjunktur und die niedrige Arbeitslosigkeit hätten höhere Abschlüsse durchaus nahe gelegt. Dennoch sind auch für kommendes Jahr nur wenig höhere Zuwächse bei den Löhnen zu erwarten.

Da die Inflation voraussichtlich nicht so hoch bleiben wird wie in diesem Jahr, dürfte der private Verbrauch im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dennoch wieder etwas anziehen. Die Kernrate, also die Preisentwicklung ohne Energie und Lebensmittel, liegt nach wie vor deutlich unter zwei Prozent. Wenn der Ölpreis nicht weiter steigt, dann wird der Effekt der Ölpreiserhöhung auf die Inflationsrate nach und nach auslaufen.

Ähnlich ist die Entwicklung im Euroraum; auch hier sind die höheren Inflationsraten ein temporäres Phänomen. Da zudem die Produktionskapazitäten in der Währungsunion bis ins kommende Jahr hinein unterausgelastet bleiben, sind Forderungen gegenüber der Europäischen Zentralbank, die expansive Geldpolitik nun deutlich zurückzuschrauben oder gar zu beenden, verfrüht. Angesichts der insgesamt robusten wirtschaftlichen Entwicklung im Euro-

raum spricht derzeit allerdings auch nichts für eine weitere Lockerung, etwa in Form einer Ausweitung der Anleihekaufprogramme über die aktuelle Beschlusslage hinaus.

Trotz der für den Prognosezeitraum erwarteten Produktionszuwächse bleibt die europäische Wirtschaft anfällig für Risiken: Falls der Ausgang der bevorstehenden Wahlen in den Niederlanden und Frankreich für Spannungen auf den – weiterhin fragilen – Finanzmärkten führt, kann sich die Konjunktur erneut eintrüben. Hinzu kommen die Brexit-Verhandlungen, die schon jetzt in vielen Unternehmen Sorgen wecken dürften, und durch größere Konfrontation gekennzeichnet sein könnten als angenommen. Außerdem kann die unklare Wirtschaftspolitik der neuen US-Regierung den Welthandel beeinträchtigen und damit gerade exportorientierten Ländern wie Deutschland schaden.

Bereits heute spiegelt sich die Unsicherheit in den nach wie vor schwachen Investitionen der Unternehmen in Deutschland wider, die in auffälligem Kontrast zur insgesamt robusten wirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere der Beschäftigungsentwicklung stehen. Angesichts der zunehmenden Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt und damit sich abzeichnender Schwierigkeiten, passende Arbeitskräfte zu finden, scheinen die Unternehmen derzeit nicht nur Entlassungen soweit es geht zu vermeiden, sondern sogar noch weiter Beschäftigung aufzubauen; bei den Ausgaben für Investitionen dürften derartige strategische Überlegungen eine geringere Rolle spielen. Dass der kräftige Beschäftigungsaufbau keine größeren Investitio-

nen nach sich zieht, liegt jedoch auch daran, dass derzeit weniger die Industrie Personal einstellt als vielmehr Unternehmensdienstleister, öffentliche Dienstleister sowie die Bereiche Gesundheit, Erziehung und Handel.

Der Leistungsbilanzüberschuss bleibt exzessiv hoch und liegt in diesem Jahr wohl bei 7,8 Prozent der Wirtschaftsleistung; dies könnte die Kritik der Europäischen Kommission und den sich abzeichnenden Handelskonflikt mit der US-Regierung nähren. Problematisch sind dabei indes nicht die hohen Ausfuhren; vielmehr sind es auch und gerade aus deutscher Sicht die relativ niedrigen Importe, denn sie sind auch das Ergebnis der schwachen Investitionsdynamik in Deutschland. Diese schadet dem hiesigen Wirtschaftsstandort, indem sie Produktivität hemmt und Einkommen dauerhaft belastet. Umso wichtiger ist es, dass die Politik die (begrenzten) fiskalpolitischen Spielräume für höhere öffentliche Ausgaben mit investivem Charakter, insbesondere in Bildung und Infrastruktur, nutzt. Ein langfristig höheres Wachstumspotential könnte außerdem auch über eine sinkende Abgabenbelastung – insbesondere durch eine angemessene Erhöhung der Bundeszuschüsse zu den Sozialversicherungen – und damit höhere Nettoeinkommen erreicht werden.

Ein solcher Fokus würde dazu beitragen, Wachstum und Wohlstand langfristig zu sichern. Auch den europäischen Nachbarländern würden mehr Investitionen und eine Stärkung der Wachstumskräfte hierzulande zu Gute kommen – in erster Linie würde aber Deutschland selbst profitieren.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Critje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Ilka Müller
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Karl Brenke
Ronny Freier

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.